

Ressort: Politik

Erdogan bestellt deutschen Konsul

Satire trifft

Berlin, 05.04.2016, 08:00 Uhr

GDN - Der türkische Präsident Erdogan hat den deutschen Konsul zu sich bestellt. Grund ist ein Musikvideo welches satirisch über Erdogan berichtet. In dem Video wird Erdogans Umgang mit seinem Volk auf die Schippe genommen.

Dabei geht es um das Verbot von Facebook, der Presse- und Meinungsfreiheit und dem Besetzen eines TV-Senders. Dem Konsul wurde nahe gelegt, dafür Sorge zu tragen, dass dies Video aus dem Netz genommen wird und sich bei Erdogan entschuldigt wird. Das Auswärtige Amt hingegen hat Erdogan klar zu verstehen gegeben, dass Presse- und Meinungsfreiheit nicht verhandelbar sei. Wir als Journalisten begrüßen diese Aussage, und stehen unseren Kollegen in der Türkei bei. Dort Journalismus zu betreiben der gegen das Regime ist, ist sehr schwer und gefährlich. Laut Aussage Erdogans gebe es aber keinen Journalisten der aufgrund seines Berufes und negativer Berichterstattung im Gefängnis sitzt. Da gibt es aber ganz gegenteilige Meinungen zu.

Auch EU-Präsident Juncker sagte in einer Stellungnahme dass es keinesfalls begrüßenswert wäre, den deutschen Konsul wegen eines satirischen Liedes zu bestellen. Mit solchen Aussagen und Aktionen entferne sich die Türkei der EU immer weiter. Er sagte auch, dass die Demokratie auch aus dem Respektieren von Grundrechten, Rechtsstaatlichkeit und der Presse- und Meinungsfreiheit besteht. Dies muss Erdogan verstehen und beherzigen, denn nur so führt der Weg der Türkei in die EU. Und genau das will Erdogan doch erreichen ein Mitgliedsstaat der EU werden. Sein Weg die Flüchtlinge zurück zu nehmen dafür muss die EU andere nehmen und Visafreiheit für seine Landsleute helfen nicht wirklich dabei.

Juncker geht sogar so weit zu sagen, dass sich die EU nicht von einem Präsidenten erpressen lässt, und das Video verbieten werde nur weil sich Herr Erdogan als Satirefigur sieht. In der EU gelte noch die Presse- und Meinungsfreiheit. Und daran wird auch die Forderung von Herrn Erdogan nichts ändern. Im Gegenteil. Wir als Journalisten begrüßen die Äußerung von Herrn Juncker. Denn die Pressefreiheit ist eines der demokratischsten Grundrechte die sich nicht beschneiden lassen. Auch nicht von einem Präsidenten der mittlerweile mit einem Diktator verglichen wird. Und genau das ist es, was die Welt nicht braucht. Sollte die Türkei je Mitgliedsstaat der EU werden, muss sich aber viel ändern.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-70427/erdogan-bestellt-deutschen-konsul.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: berlingpress

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. berlingpress

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com